

**Rede
der Sprecherin für Tourismuspolitik**

Sabine Tippelt, MdL

zu TOP Nr. 11

Abschließende Beratung

**Fahrradmobilitätskonzept Niedersachsen jetzt
veröffentlichen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/2829

während der Plenarsitzung vom 26.01.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Stärkung des Radverkehrs ist und bleibt ein zentraler Punkt bei der Umsetzung der Mobilitätswende. Der vorliegende Antrag der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt mir die Gelegenheit, Ihnen darzustellen, was die Regierungskoalition schon alles für den Radverkehr auf den Weg gebracht hat oder auch noch bringen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Jahren haben wir die finanziellen Mittel für Radwege an Landesstraßen deutlich erhöht. So haben wir den Ansatz für die Sanierung von Radwegen im Jahr 2019 von fünf auf zehn Millionen Euro jährlich verdoppelt und seitdem in dieser Größe gehalten. Im Rahmen des Corona-Sondervermögens können zudem weitere sieben Millionen in Radwegen an Landesstraßen verbaut werden. Die Investitionen in der Unterhaltung unserer Radwege befinden sich somit auf einem Höchststand. Auch für den Radwegeneubau haben wir mit dem im Dezember beschlossenen Haushalt die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel von bisher fünf Millionen auf neun Millionen Euro deutlich gesteigert, hinzu kommt eine Million Euro für den Neubau von „Bürgerradwegen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit der Veröffentlichung des Fahrradmobilitätskonzepts im März letzten Jahres wurden viele Maßnahmen daraus bereits umgesetzt. Zu erwähnen ist dabei das Förderprogramm für Lastenräder, für das in diesem Jahr wieder 800.000 Euro eingeplant sind und für das nächste Jahr weitere 700.000 Euro, also insgesamt 1,5 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre. Auch die Beschaffung von Radzählmessgeräten sowie die finanzielle Förderung des Stadtradelns wurde bereits angegangen. Zudem haben wir uns konkrete Ziele für die Förderung des Radverkehrs gesetzt: So sollen im Jahr 2025 mindestens 20 Prozent aller Wege mit dem Rad zurückgelegt werden und die Zahl der verletzten und getöteten Radfahrer bis dahin um 20 Prozent reduziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch personell hat diese Koalition die Anliegen des Radverkehrs gestärkt. Mittlerweile hat jeder regionale Geschäftsbereich der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr eine Ansprechperson für den Radverkehr benannt. Diese Beauftragten sind vor Ort für alle Fragen rund um den Radverkehr zuständig und arbeiten tatkräftig an Verbesserungen für die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer.

Der „Runde Tisch Radverkehr“ hat sich als die Plattform für Radverkehrsthemen in Niedersachsen etabliert und tagt zweimal im Jahr mit den unterschiedlichen Institutionen zu Fragen des Radverkehrs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, um im Bild zu bleiben, könnte ich sagen: Das Rad der Zeit hat sich bereits weitergedreht. Viele der Maßnahmen, die Sie fordern, haben wir bereits umgesetzt. So fordern Sie eine „Reaktivierung des Runden Tisches Radverkehr“ – ein Gremium, welches seit Jahren kontinuierlich erfolgreiche Arbeit leistet, kann nicht reaktiviert werden. Auch Ihre Forderung, den Radverkehrsbereich personell zu verbessern, haben wir mit der Besetzung einer Stelle im Ministerium sowie der bereits erwähnten Schaffung der Radverkehrsbeauftragten in den regionalen Geschäftsbereichen umgesetzt. Auch weitere Maßnahmen, wie im Antrag gefordert, aus dem Fahrradmobilitätskonzept wurden bereits umgesetzt oder befinden sich auf einem sehr guten Weg.

Den letzten Punkt Ihres Antrags haben wir bisher nicht erledigt und sehen diesen sehr kritisch. Darin fordern Sie, dass „die Förderung kommunaler Straßenbauprojekte [...] grundsätzlich nur noch dann möglich sein [soll], wenn bei den kommunalen Planungen ausreichender Raum für den Rad- und Fußverkehr mitberücksichtigt wird.“ Ich teile zwar Ihre Ansicht, dem Rad- und Fußverkehr zukünftig eine noch höhere Bedeutung beizumessen, dies aber durch einen Förderausschluss zu tun, halten wir für nicht angemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Förderung des Radverkehrs in unserem Bundesland bleibt ein gemeinsames Anliegen – aufgrund der vorgetragenen Punkte werden wir den vorliegenden Antrag allerdings ablehnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.